

IX.

Das Zeitalter Kaiser Friedrichs I.

1. Die Anfänge.

Die Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche in der 1. Hälfte des 12. Jahrhunderts lieferte den Beweis, dass in allen europäischen Kulturstaaten die theokratischen Ideen Gregors VII. schon vor dem unglücklichen Ausgange des 2. Kreuzzuges und vor allem nach diesem Kriege abgelehnt wurde und dass sich in fast allen europäischen Staaten die Staatsinteressen in irgend einer Form durchsetzten. Von besonderer Bedeutung waren die Folgen jenes Übergangszeitalters Bernhards von Clairvaux für die beiden führenden Inst. Gewalten des Papsttums und des deutschen Kaisertums. Zwischen der Synode von Sutri am 20. Dezember 1046, kaiserlich gesehen dem Höhepunkte der kaiserlichen Machtstellung, und der Reichssynode von Worms im Januar 1076, die den Kampf zwischen Gregor VII. und Heinrich IV. einleitete, lagen kaum 30 Jahre, aber sie hatten genügt, um der Welt zu zeigen, dass das Nebeneinander jener beiden obersten Gewalten der Christenheit sich abermals in ein Gegeneinander zu wandeln im Begriff war, aber diesmal in viel stärkeren Formen als je zuvor. Das Neue für die ausgehende Salier- und die beginnende Stauferzeit war, dass das byzantinische Kaisertum schon 1063 und dann mit etwas grösserem Erfolge 1081-84, um die normannische Gefahr zu beseitigen, den deutschen Königen bzw. Kaisern ein Bündnis gegen die Normannen angeboten hatte, das sich der damaligen Lage entsprechend auch gegen das mit den normannischen Herzögen verbündete Papsttum richtete. Welche verschiedenen Formen dieses Bündnis annahm, und welche Bemühungen die byzantinische Regierung machte, um auch das Papsttum in das Bündnis hineinzuziehen, ist oben bereits geschildert. In dem Augenblicke, in dem Konrad III. 1052 starb, war die allgemeine Lage folgende: Das Bündnis von Saloniki zwischen den deutschen Königen und dem byzantinischen Kaiser bestand weiter, war aber durch die kluge Politik Rogers II. von Sizilien in seiner Wirkung stark geschwächt, weil es diesem gelungen war, Frankreich, Ungarn und Serbien sowie in Deutschland selbst den Herzog Welf VI. für ein Gegenbündnis gegen das deutsch-byzantinische zu gewinnen. Die Hauptfrage für den neuen Stauferkönig war daher, ob es die Aufgabe seiner Reichspolitik sein könne, an diesem Bündnis festzuhalten oder nicht. Schon für Konrad III. war es nicht ganz leicht gewesen, gegenüber dem byzantinischen Kaiser seine Stellung als gleichberechtigter Herrscher des Westens zu behaupten. Es war ihm, wie wir sahen, nicht gelungen, in Rom zum Kaiser gekrönt zu werden, und dieser Mangel war ihm so sehr als politischer Nachteil erschienen, dass er im Verkehr mit Byzanz zu den ungewohnten Mitteln griff, sich trotzdem als "Imperator" titulieren zu lassen und durch seinen Minister Abt von Wibold von Corvey auch den Papst Eugen III. zu einem gelegentlichen Gebrauch dieses Titels zu bestimmen, obwohl das Recht zur Führung des Titels erst durch die Kaiserkrönung in Rom gewonnen werden konnte. Auch die 1139 versuchte Beseitigung dieser Schwierigkeit durch die Annahme des Titels "Romanorum rex Augustus" hatte keinen Erfolg. Wibold von Corvey hatte sich daher entschlossen, in seinem Schreiben an den König ihn als "Romanorum Imperator Augustus" auch seinerseits anzureden. Aber was nützte ein solcher Streit um den Titel? Kaiser Manuel sah bald ein, dass es klüger sei, eine Auseinandersetzung über den Titel zu vermeiden und keinen Protest gegen die Führung des Kaisertitels zu erheben. Denn es gab wichtigere Differenzen. Das politische Ziel Manuels war schon damals bereits die Wiederherstellung der alten Machtstellung des oströmischen